

Ralph Lenkert

- (A) schließender Verbrennung oder über eine Rückgabe in Apotheken – auf jedem Beipackzettel, in jeder Packung angegeben werden muss. Wir forderten, dass Pharmafirmen die Rücknahmesysteme finanzieren. Und wir forderten, dass für neue und vorhandene Medikamente zwingend eine Umweltschädlichkeitsprüfung erfolgen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Heute greifen die Grünen mit ihrem Antrag unsere Vorschläge teilweise auf. Das ist gut. Aber eine Frage sei mir gestattet: Warum ist es laut Ihrem Antrag lediglich „geboten“, die Entsorgungswege aufzudrucken? Sie *müssen* aufgedruckt werden; das kann man fordern. Auf solch einem großen Beipackzettel ist bestimmt auch dafür noch etwas Platz. Damit würden sich die menschlichen Medikamenteneinträge nach einer Studie der Emschergenossenschaft – das ist der größte deutsche Abwasserzweckverband, in dessen Einzugsgebiet 2,2 Millionen Menschen leben – um etwa 15 Prozent reduzieren.

Aber was passiert mit den restlichen 85 Prozent der Wirkstoffe, die beispielsweise beim Duschen oder über Stoffwechselreste des Menschen ins Abwasser gelangen? Aus diesen Abwässern sollten die Medikamentenreste vor Einleitung in das kommunale Abwassersystem entfernt werden. Dies gelingt am besten an den Hotspots: Über 60 Prozent aller Medikamentenreste stammen aus Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen; dort ist die Konzentration höher. Die Reinigung wäre dort effektiver, schneller umsetzbar, bräuchte weniger Energie und wäre damit kostengünstig.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Damit wir auch zukünftig Trinkwasser ohne Hustensaft erhalten, damit das Zanderfilet nicht wie eine Antibabypille wirkt, müsste der Bundestag endlich handeln. Frau Kollegin, es ist nett, dass Sie eine neue Studie erstellen wollen; es ist nett, dass Sie ein Gesamtkonzept erstellen wollen – alles klasse! –, aber Sie machen in der Zwischenzeit nichts. Wenigstens die kleinen, einfachen Schritte – wie im heute vorliegenden Antrag der Grünen und in unserem schon vor Jahren eingebrachten Antrag gefordert – könnte man schon heute gehen. Linke und Grüne haben ihre Vorschläge unterbreitet, und Sie von der Koalition, von der Union lehnen sie erneut einfach alternativenfrei ab. Schade! Dann müssen wir halt mit einer besseren Bundesregierung ab Herbst 2017 dieses Problem endlich angehen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Karsten Möring hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karsten Möring (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Lebenserwartung ist heute höher denn je, und die moderne Medizin hat einen wesentlichen Anteil daran.

Medikamente spielen eine entscheidende Rolle. Das hat Nebenwirkungen, und bekanntermaßen gilt: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. (C)

Alles, was wir zu uns nehmen, scheiden wir auch wieder aus. Diesen Prozess nennt man herkömmlicherweise Stoffwechsel. Die Produkte dieses Stoffwechsels entsorgen wir in aller Regel in der Toilette. Für Arzneimittel aber gilt überwiegend, dass der Begriff „Stoffwechsel“ falsch ist; denn der Stoff wechselt nicht, er bleibt erhalten. Daraus ergibt sich eine Reihe von Problemen; denn viele dieser Pharmazeutika sind biologisch nicht oder nur sehr langsam abbaubar und können vielleicht auf dem Weg über die Nahrungskette oder auf irgendeine andere Weise Risiken und Nebenwirkungen entfalten, die nicht beabsichtigt sind. Sie belasten unser Abwasser, und knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland weiß das nicht.

Die Toilette ist noch aus einem weiteren Grund – um mit Schiller zu sprechen – die hohle Gasse, durch die alles kommen muss.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die Entsorgung alter, abgelaufener und überschüssiger Arzneimittel – Herr Lenkert hat das eben sehr anschaulich dargestellt – läuft in ganz erheblichem Umfang über die Toilette und landet auf diesem Weg im Abwasser. Dagegen hilft in der Tat Aufklärung. Aber in allen Ehren: Ihr Vertrauen in den Beipackzettel teile ich nicht.

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Und die Packung!) (D)

Wenn ich mein eigenes Verhalten Revue passieren lasse, stelle ich fest: Ich verlasse mich auf eine mündliche Auskunft vom Arzt oder Apotheker; aber den Beipackzettel lese ich nur in der größten Not. Auch die Verpackung ist relativ eng bedruckt. Wenn ich mir die Wirksamkeit der Aufdrucke auf den Zigarettenschachteln angucke, dann muss ich sagen: Mein Vertrauen sinkt auch hier ziemlich deutlich.

Nichtsdestotrotz müssen wir in das Bewusstsein der Leute bringen: Eine Entsorgung der Arzneimittel, die ich nicht verbrauche, erfolgt über den Hausmüll und die Müllverbrennung, notfalls über die Apotheke, nämlich dann, wenn sie noch will bzw. wenn wir keine anderen Entsorgungswege haben – es gibt überall Kommunen, die keine Müllverbrennungsanlage haben –, oder – das ist der dritte Weg – über die Schadstoffsammelstellen. Das ist natürlich der komplizierteste Weg, und das werden die wenigsten tun; da ist die Toilette attraktiver. Das muss aber in die Köpfe der Leute hinein. Daran müssen wir arbeiten.

Zum Glück können wir feststellen, dass eine Gesundheitsgefährdung aufgrund von Arzneimittelrückständen im Trinkwasser nach heutigem Kenntnisstand eigentlich ausgeschlossen ist. Die richtige Entsorgung wird aber vor dem Hintergrund, dass wir immer mehr Arzneimittel verbrauchen und diese Entwicklung aufgrund der Demografie auch nicht abnehmen wird, immer wichtiger. Des-

Karsten Möring

- (A) wegen ist es wichtig, dass wir diese Kenntnis unter die Leute bringen.

Ich bin den Grünen in gewisser Weise dankbar, dass sie in ihrem Antrag nicht „ein Verbot von ...“ gefordert haben. Das ist manchmal ein Lieblingsweg der Grünen. Deswegen freue ich mich, dass dies hier nicht der Fall ist. Das Thema ist für Panikmache auch wirklich nicht geeignet. Wir müssen es im Konsens angehen, gerade weil es so viele informelle Aspekte gibt.

Für unsere Fraktion gilt, was wir schon bei der Fracking-Diskussion gesagt haben: Die Qualität und die Sicherheit von Wasser und Trinkwasser haben für uns oberste Priorität. Daran orientieren wir uns. – Das wollen wir erreichen. Wasser ist ein Gut, das geschützt, verteidigt und gut behandelt werden muss – keine Frage.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei meinen Recherchen bin ich auf eine Kleinigkeit gestoßen, die vielleicht mehr amüsant als wichtig ist; aber ich will sie Ihnen nicht vorenthalten. Laut Europäischem Drogenbericht, der kürzlich erschienen ist – im Dezember wurde darüber berichtet –, wurden in kommunalen Abwässern Kokain und Amphetamine nachgewiesen. Jetzt frage ich Sie: Wo vermuten Sie den höheren Anteil an Kokainrückständen im Abwasser? In München oder in Kampen? Sie werden sich wundern: Das Ergebnis ist Dortmund.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Dortmund erreicht mit 421 Milligramm pro 1 000 Einwohner und Tag den absoluten Spitzenwert. München fällt dagegen mit 114 Milligramm deutlich ab.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Die saufen auch mehr!)

Ich will diese Werte nicht interpretieren, aber ich wollte sie Ihnen auch nicht vorenthalten.

Die Alterung unserer Gesellschaft und die sehr begrüßenswerte medizinisch-technische Entwicklung führen, wie schon erwähnt, zu einem starken Anstieg des Medikamentenverbrauchs in den kommenden Jahren. In Deutschland werden in der Humanmedizin über 2 300 Arzneimittelwirkstoffe in geschätzten jährlichen Verbrauchsmengen von 30 000 Tonnen verkauft; ungefähr die Hälfte davon wird als potenziell umweltbelastend, als umweltrelevant eingestuft. Aktuelle Studien beweisen, dass viele Humanarzneimittelwirkstoffe in Oberflächengewässern, Grundwässern und Trinkwässern nachweisbar sind, zum Glück nur in geringer Konzentration. Die Trinkwasseraufbereitung ist aber nur mit erheblichem Aufwand möglich. Wenn es dazu kommen sollte, dass die Mengen größer werden, dann gilt der Satz: Dann wird es teuer. – Vorbeugen ist in jedem Fall besser als Nachsorgen. Was nicht in die Toilette kommt, kommt auch nicht ins Abwasser. Wir müssen also dafür sorgen, dass die Wirkstoffe gar nicht erst dort hineingeraten.

Wir haben noch einen weiteren Eintrag, den wir nicht außer Acht lassen sollten, nämlich den von Tierarzneimitteln. Ungefähr 1 600 Tonnen Antibiotika sind pro Jahr in der Tiermast in Deutschland auf dem Markt. Die gehen natürlich nicht über die Toilette in das kommunale Ab-

wasser; aber sie gehen über den Boden – über die Weide oder über den Misthaufen auf dem Bauernhof, wenn es den noch gibt – auch in das Grundwasser. Kleiner Trost: Nur unter sehr ungünstigen Bedingungen landen diese Mengen im Trinkwasser, das wir nutzen, im Grundwasser, oder in den Oberflächengewässern. Insofern haben wir hier keine sehr große Gefahr. (C)

Frau Lotze hat schon darauf hingewiesen, dass wir mit der Mikroschadstoffstrategie der Bundesregierung im Laufe dieses Jahres zu Ergebnissen kommen werden, bei denen das Problem, über das wir heute reden, nur einen Teil darstellt. Ich will erwähnen, dass es auch auf der europäischen Ebene eine entsprechende Strategieentwicklung gibt, deren Ergebnisse für den Herbst 2017 angekündigt sind. Ich denke, es macht Sinn, auf der Basis dieser Daten dann über die Frage nachzudenken, was wir machen sollen. So drängend ist das Problem nicht, dass wir es heute durch andere Maßnahmen lösen müssten.

Wir wissen aber, dass wir das Problem nur im Konsens vieler Beteiligter lösen können. Zu dem Konsens und zu der Beteiligung gehört auch die Beteiligung der Länder; denn auch die Länder, die ganz wesentlich in diesem Prozess mit ihren Regelungen gefragt sind, müssen einbezogen werden. Nun sind es aber gerade die Länder, die sagen, dass wir ein flächendeckendes Untersuchungsprogramm nicht brauchten, weil die Datengrundlage ausreichend sei und nicht wesentlich mehr Erkenntnisse aus einem solchen Programm zu gewinnen seien. Die Umweltministerkonferenz hat deswegen letztes zu Recht festgestellt, dass es – ich zitiere – „einer zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmten Strategie zur Identifizierung und zur Priorisierung gewässerrelevanter Mikroschadstoffe bedarf“ und dass es „im Rahmen der gemeinsamen Strategie eines koordinierten Vorgehens beim Monitoring und Austausch von Ergebnissen ... bedarf“. (D)

Keine Frage: Der Eintrag von Medikamentenrückständen in Gewässer muss reduziert werden. Ich sehe eine Reihe von Ansatzmöglichkeiten, die wir dann im Laufe des Jahres 2017 in der nächsten Wahlperiode vertiefen müssen. Der Bund ist hier insgesamt auf einem guten Weg. Deswegen brauchen wir den Grünenantrag zum heutigen Zeitpunkt nicht intensiver zu bearbeiten. Wir lehnen ihn ab. Aber wir wissen: Das Thema bleibt auf der Tagesordnung.

Zu Aktionismus besteht kein Anlass. Ein kurzes Beispiel: Um über Trinkwasser die Wirkdosis einer Aspirin-tablette aufzunehmen, müsste der Mensch fast 7 000 Jahre lang jeden Tag 2 Liter Trinkwasser trinken. Das sind Daten des BDEW. Ich schließe mich deswegen zum Schluss dem Urteil der NRW-Grünen an, die auf einer gemeinsamen Konferenz der Kreistagsfraktion in Coesfeld mit dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Rimmel festgestellt haben: Eine akute Gefahr für unser Trinkwasser ist derzeit nicht zu erkennen. – Das soll uns nicht einschläfern. Wir vermeiden Schlaftabletten. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung, es kommt wieder.

Karsten Möring

- (A) Die letzten 38 Sekunden Lebenszeit schenke ich Ihnen jetzt und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Wie großzügig!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herzlichen Dank. – Das Wort hat der Kollege Peter Meiwald für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Peter Meiwald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und Zuschauerinnen und Zuschauer! Wenn man gehört hat, was die Kollegin Lotze zum Thema Humanmedizin und was der Kollege Möring zur Tiermedizin gesagt hat, dann weiß man: Das ist gut beschrieben. Dazu brauche ich gar nicht mehr viel zu erzählen. Aber die Konsequenz zu ziehen, das sei nicht dramatisch und deswegen müssten wir heute nichts tun, finde ich ein bisschen abenteuerlich. Wir alle wissen, dass das Schadstoffe sind, die sich eben nicht von alleine in der Natur in kurzer Zeit abbauen, sondern dass sie sich anreichern. Insofern haben wir eine Verantwortung. Man nennt das Vorsorgeprinzip. Wir haben eine Verantwortung für unsere Kinder, für unsere Enkelkinder, für die Tierwelt und für die Biodiversität, die gefährdet ist. Es ist gut beschrieben worden, dass man schon Effekte für die Biodiversität nachweisen kann. Wir haben also eigentlich keine Zeit zu verlieren.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Botschaft der Mikroschadstoffstrategie höre ich wohl; allein mir fehlt der Glaube, dass sie innerhalb der notwendigen Zeit dazu führt, dass wir zu konkreten Maßnahmen kommen. Ich erinnere mich an eine Debatte vor zwei Jahren, als wir einen Antrag zu Mikroplastik eingebracht haben. Da kamen genau die gleichen Argumente. Man hörte die Argumentation: Ihr habt recht. Alles, was ihr sagt, ist eigentlich richtig; aber es geht nicht weit genug. Wir brauchen eine umfassende Strategie. Wir werden das mit dem Wertstoffgesetz lösen, und dann brauchen wir euren Antrag zu Mikroplastik nicht. –

Wir alle wissen: Ein Wertstoffgesetz gibt es immer noch nicht; zum Thema Mikroplastik in unserer Umwelt wurden leider keine konkreten Maßnahmen ergriffen. Bei aller Kritik, die man an den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen oder an der Geschwindigkeit üben kann – man könnte zum Beispiel sagen, dass das Thema Mikroschadstoffe in unserem Antrag nicht umfassend genug betrachtet wird –, ist doch festzuhalten: Wenn man stattdessen gar nichts macht, nützt das der Natur um uns herum und damit unseren Lebensgrundlagen nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE])

Ich will ganz kurz darauf hinweisen, warum wir dringend etwas tun müssen: Wir haben Einträge über die Humanmedizin, und wir haben Einträge von Antibiotika, die in der Tiermedizin eingesetzt werden – das ist immer wieder Thema –, sowie von Schmerzmitteln, von allem,

was für den Bereich der Tierhaltung freiverkäuflich ist. Die Wasserversorger, die Betreiber der Kläranlagen, sagen uns: Natürlich können wir mit einigen dieser Stoffe fertigwerden; aber wenn ihr nicht am Anfang der Kette etwas tut, dann haben wir die End-of-Pipe-Problematik, und die ist immer teurer und immer schlechter. – Das ist zu Recht gesagt worden. (C)

Die Frage ist: Wer bezahlt das? Dieser Frage haben wir uns mit unserem Antrag auch gewidmet. Ja, das kostet Geld. Das könnten wir einfach dem Gebührenzahler, dem Zahler der Abwassergebühren überlassen. Das entspricht aber nicht unserem Anspruch. Unser Anspruch ist es, vorsorgend tätig zu sein. Wir wollen im Vorfeld daran arbeiten, dass möglichst wenig Schadstoffe ins Wasser kommen. Das ist das Ziel dieses Antrags.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Natürlich brauchen wir Transparenz und Verbraucherinformationen. Das ist doch kein Widerspruch zu einer Schadstoffstrategie. Das BMUB, die Pharmaindustrie, der Apothekerverband und die Kläranlagenbetreiber könnten zusammen eine Öffentlichkeitskampagne betreiben, um den Menschen zu sagen: Bitte, bitte werft eure übrig gebliebenen Medikamente in die schwarze Tonne oder bringt sie zurück in die Apotheke; aber schüttert sie nicht in die Toilette. – Das kostet heute im Vorfeld relativ wenig Geld. Ein solches Programm kann man von einem Tag auf den anderen aufsetzen. Damit schädigt man keine Schadstoffstrategie. Das bringt eine konkrete Verbesserung, auch wenn wir selber wissen, dass Aufklärung und Transparenz nicht alles sind. Wir müssen den Medikamenteneinsatz in der Landwirtschaft grundlegend reduzieren. Das ist vielen klar. Die Grüne Woche ist ein guter Anlass, darüber nachzudenken. Wir brauchen durchaus auch den Bedarfsatlas, auch wenn manche sagen, die Kattastererstellung bedeute viel Aufwand. Wir müssen aber wissen, wo die Hotspots sind; denn es macht durchaus Sinn – Kollege Lenkert hat das angesprochen –, an den Hotspots anzusetzen und dann weiterzugehen. (D)

Wir wollen das auf eine breite Basis stellen. Wir wollen auch die Pharmaindustrie einbeziehen. Natürlich wollen wir nicht Medikamente verbieten; das ist doch vollkommen klar. Aber wir wollen Anreize setzen, auch wirtschaftliche, damit die Pharmaindustrie überlegt, wie man den einen oder anderen Stoff durch einen Stoff substituieren kann, der genauso wirkt, aber nicht so toxisch für die Umwelt ist. Das wäre ein vernünftiges Ziel, dem wir uns gemeinsam widmen wollen. Ich sehe der Schadstoffstrategie der Bundesregierung sehr gespannt entgegen.

Ich finde es traurig, dass die einfachen und sehr konkreten Vorschläge, die wir heute hier vorgelegt haben, keine Mehrheit in diesem Haus finden.

Schönen Abend noch!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)